

Analyse zur Solaroffensive der Basler Regierung

Es droht das nächste Bürokratiemonster

Eine kleine Episode der Politgeschichte Basels sollte man sich heute wieder einmal zu Gemüte führen: 2011 machte der damalige Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) eine Entscheidung der Stadtbildkommission rückgängig. Diese hatte beschlossen, dass auf dem ikonischen Hochhaus der Lonza aus Gründen des Denkmalschutzes keine Solarpanels angebracht werden dürfen.

Im Namen der alternativen Energieversorgung kippte Wessels dieses Verbot und machte damit auch gleich den ersten Schritt zur partiellen Entmachtung dieses für Ästhetik zuständigen Gremiums.

Sowieso war 2011 die Zeit des ersten Solaraufbruchs in Basel. Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin (SP) verkündete damals diverse Massnahmen. Diese sollten dazu führen, dass zehn Prozent des Basler Stroms mit Sonnenlicht gewonnen werden. Inzwischen ist die Zielquote erreicht. Doch da der Klimaschutz heute noch grössere Priorität genießt, hat die gegenwärtige Regierung im April wiederum eine Solaroffensive in die Vernehmlassung geschickt.

Diese wirft bereits jetzt ihre Schatten voraus. Bürgerliche Parteien, Architekten- und Fachverbände sowie eine Gesellschaft von Eigentümern von historisch bedeutenden Liegenschaften lassen an der Vorlage der Regierung (und insbesondere dem Departement von Brutschin-Nachfolger Kaspar Sutter) kaum ein gutes Haar. Und man muss sagen: Sie tun das zu Recht.

Bei den Ideen der Regierung wird man schmerzhaft an das Thema Wohnschutz erinnert: Niemand hat grundsätzlich etwas gegen den Schutz der Mietenden oder Solarstrom. Die Frage ist, ob das Ziel ohne



Am Lonza-Hochhaus entzündete sich einst ein Streit um Solaranlagen und Denkmalschutz.

Bild: Benjamin Wieland

allzu grosse Kollateralschäden erreicht werden kann. Und hier scheint die Solaroffensive deutlich darüber hinaus zu schiessen. Es ist dem Bund Schweizer Architekten (BSA) zuzustimmen, wenn er schreibt: «Das vorgeschlagene Regelwerk basiert auf einer rein technischen Sichtweise, die wenig bis keinen Bezug zur gebauten Stadt schafft.»

Hierin liegt die grösste Problematik der Vorlage: Eine unterschiedslose Verpflichtung zur Errichtung von Solaranlagen auf allen Gebäuden der Stadt zu machen, führt – so paradox das klingen mag – zu erheblichen Diskrepanzen. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass in allen Zonen Photovoltaik-Anlagen bewilligungsfrei erstellt werden können. In der Schutz- und Schonzone gelten für die

Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften heute strengere Bauvorschriften als üblich – und diese (meist teure und komplexe) Aufrechterhaltung des historischen Erbes soll nun einfach im Namen eines Solarboosts visuell zunichte gemacht werden?

Und ist es wirklich sinnvoll, auf all den Steildächern, welche das Stadtbild Basels prägen, Photovoltaik-Anlagen vorzuschreiben, ohne dabei qualitative Vorgaben zu machen? Es ist zu befürchten, dass ein unansehnliches Flickwerk entsteht.

Aus Sicht der Regierung ist es durchaus verständlich, (fast) alles über einen Kamm scheren und der Solarstromerzeugung unterordnen zu wollen. Man wähnt sich legitimiert durch

die vom Volk abgesegneten, übergeordneten Netto-Null-Ziele.

In der Tendenz aber läuft es bei der angedachten Solaroffensive wie beim Wohnschutz auf einen jahrelangen Streit hinaus: Was in der Theorie gut klingt, wird – falls in einem Referendum vom Souverän gutgeheissen – als neues Bürokratiemonster irgendwann vom harten Wind der Realität und den einzelnen Interessensgruppen zerzaust und schliesslich mindestens in Teilen wieder rückgängig gemacht. Es wird Jahre und viel Geld brauchen, um den in der Zwischenzeit entstandenen Schaden am Stadtbild zu reparieren.

Es wäre daher ratsam, die Ideen des BSA und der «Domus Antiqua Helvetica», der

Vereinigung der Eigentümer historischer Wohnbauten, zu berücksichtigen und die Bewilligungen von Solaranlagen in den Schon- und Schutzzonen bis auf weiteres sehr streng zu handhaben beziehungsweise auf eine Pflicht zu verzichten. Es besteht ja durchaus die Hoffnung, dass der technische Fortschritt uns einst Photovoltaik beschert, deren Einsatz sich ästhetisch einigermaßen zufriedenstellend mit dem baukulturellen Erbe der Stadt vereinbaren lässt.



Patrick Marcolli
patrick.marcolli@chmedia.ch

Unbekannter raubt Mobiltelefon

Wettsteinplatz Ein Unbekannter sprach am Freitagabend gegen 23 Uhr beim Wettsteinplatz in Basel einen 19-Jährigen und dessen 16-jährigen Begleiter an. Er fragte nach einem Mobiltelefon, um einen Anruf zu tätigen. Der 19-Jährige übergab sein Handy, woraufhin der unbekannte Täter flüchtete, so teilt es die Basler Staatsanwaltschaft mit. Verletzt wurde beim Raub niemand. Die Polizei sucht einen etwa 18 Jahre alten, weissen Mann mit schlanker Statur und blonden Haaren. An der rechten Hand hatte er eine blutende Verletzung. Wer Hinweise machen kann, soll sich bei der Kriminalpolizei oder der nächsten Polizeistelle melden. (bz)

Nachrichten

Traktor mit Ballenpresse brennt komplett aus

Reigoldswil Der Traktor und die Ballenpresse standen bereits in Vollbrand, als die Feuerwehr am Samstag um kurz vor 10.45 Uhr am Unfallort an der Seewenstrasse eintraf. Die Einsatzkräfte konnten das Feuer unter Kontrolle bringen, verletzt wurde niemand, teilt die Baselbieter Polizei mit. Wegen ausgelaufenem Öl musste die Feuerwehr anschliessend die Strasse reinigen; das ausgebrannte Fahrzeug wurde abgeschleppt. Die Brandursache war laut Mitteilung ein technischer Defekt. (bz)

Motorradfahrer raste in Richtung Zwingen

Laufen Eigentlich wären auf diesem Streckenabschnitt auf der Delsbergerstrasse in Laufen 80 Stundenkilometer erlaubt. Ein 50-jährige Motorradlenker war am Sonntag kurz vor 12 Uhr jedoch mit 145 Kilometern pro Stunde in Richtung Zwingen unterwegs, schreibt die Baselbieter Polizei. Die Polizei stoppte den Mann, beschlagnahmte das Fahrzeug und nahm ihm an Ort und Stelle den Führerausweis ab. Das Raserdelikt liegt nun bei der Baselbieter Staatsanwaltschaft. (bz)

Linke Mehrheit setzt sich in Allschwil gegen Mitte durch

Silvia Stucki (SP) erhält das Schulressort zurück, während Philippe Hofmann (Mitte) das Umweltressort abgeben muss.

Fabian Schwarzenbach

Im Allschwiler Gemeinderat gibt es 14 Ressorts, die auf sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verteilt sind. Nur das Ressort Präsidiales ist strikt dem Gemeindepräsidenten, seit dem 1. Juli Franz Vogt (Mitte), vorbehalten. Da nur ein neues Mitglied in den Rat gewählt wurde, die Grüne Biljana Grasarevic, ist es doch erstaunlich, dass von den 14 Ressorts nur deren drei bei bisherigen Amtsinhabenden verblieben sind.

Der Gemeinderat hielt sich offensichtlich auch nicht an das Prinzip der Anciennität. Sprich, wer länger im Amt ist, der darf zuerst wählen oder behalten,

was er schon hat. Denn Philippe Hofmann (Mitte) wurde das Ressort Umwelt entzogen. Seiner Partei, der Mitte, stösst das auf. Fraktionspräsidentin Corinne Probst-Gadola vermutet, dass Hofmann überstimmt worden sei. «Die linke Mehrheit nimmt das Anciennitätsprinzip offenbar nicht ernst, ja missachtet es gar», bedauert Probst-Gadola.

Ressortentzug sei ein «unfares Mittel»

Das Ressort wegzunehmen sei «ein unfaires Mittel», ergänzt sie. «Offenbar wurden hier die Interessen der neuen Grünen-Gemeinderätin Biljana Grasarevic über ein Prinzip gestellt, das sich bislang bewährt hatte.»

Probst-Gadola erachtet das als reines Machtgehabe, das mit Sachpolitik nichts zu tun habe. Im Ressort, das Hofmann jahrelang führte, ist kein politisch heisses Geschäft offen und es ist auch nichts vorgefallen, das polarisieren könnte. Dazu kommt ein nicht ganz unwesentliches Detail: Philippe Hofmann wurde mit dem besten Wahlergebnis im Gemeinderat bestätigt. «Das Wahlvolk spricht ihm grosses Vertrauen aus!», so Probst-Gadola. Für die Mitte kam der Schachzug der Linken etwas überraschend.

Dagegen bleibt das Ressort Soziales bei Gemeinderat Robert Vogt (FDP). Der Freisinnige kann auch noch die Finanzen von Franz Vogt übernehmen.

Beides spricht nicht für eine volle Umkehr zugunsten der linken Mehrheit.

Gemeinderat will wieder eine Einheit werden

Im November vergangenen Jahres wurde der SP-Gemeinderätin Silvia Stucki das Ressort Kinder und Familien entzogen, weil sie anscheinend das Amtsgesheimnis verletzt haben soll. Nun erhält sie es zurück. «Ich werde meine Arbeit wieder aufnehmen», sagt Stucki.

Die Gemeinderätin liest sich wieder in die Geschäfte ein. Dabei halte sie sich an den Auftrag des Einwohnerrats. Sprich: Der Gemeinderat wird eine Sondervorlage zu den Schulstandorten präsentieren. Da wird die Ge-

meinderegerung die beiden Möglichkeiten, drei oder vier Schulhäuser zu betreiben, vorgelegen. «Ich werde mit der Verwaltung zusammensitzen, sobald ich wieder arbeite», sagt Stucki. Zurzeit sind die Gemeinderäte in den Ferien und auch in der Verwaltung gibt es Ferienabwesenheiten.

Sie ergänzt, dass die Schule ein «Riesenthema» sei und dass auch der Schulrat neu zusammengesetzt wurde. Schlussendlich werde das Volk abschliessend über die Frage entscheiden. Näheres möchte sie nicht sagen und bat, via Präsidium nachzufragen. Was nach «Maulkorb» tönt, will Stucki nicht so verstanden wissen. «Wir wollen wieder zu einer

Einheit werden, da wir eine Kollegialbehörde sind.»

Auf die Ressortverteilung angesprochen, kommentiert Gemeindepräsident Vogt trocken: «Es ist zu einer Lösung gekommen.» Er ergänzt, dass «die Mehrheitsverhältnisse anders» seien. Zu seinem Parteikollegen sagt er: «Es kann sein, dass Herr Hofmann nicht glücklich ist». Philippe Hofmann war ferienbedingt für diese Zeitung nicht zu erreichen.

Die Herausforderungen – da sind sich alle einig – sind gross, daher spricht Probst-Gadola von einem «recht schlechten Start» in die neue Legislatur. Dennoch relativiert sie: «Es sind auch Leute im Gemeinderat, die sich um die Sachpolitik kümmern.»